

Es informiert Sie	Sabine Schall
Telefon (0202)	563-2830
Fax (0202)	563-8111
E-Mail	sabine.schall@stadt.wuppertal.de
Datum	11.05.2006

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld-West (SI/4677/06) am 10.05.2006

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Bernd Bruß , Herr Dr. Klaus Dörken , Herr Herbert Jeuckens , Frau Christa Kühme , Herr Dr. Frank Langewische , Herr Clemens Mindt

von der SPD-Fraktion

Herr Walter Boese , Herr Udo Gothsch , Frau Rosemarie Wicke

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Wilfried Franz Goeke-Hartbrich , Frau Petra Lückerath

von der WfW

Herr Heribert Stenzel

von der Linkspartei.PDS

Herr Rainer Simon

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Beig. Harald Bayer

Nicht anwesend sind:

Frau Ute Haldenwang , Herr Dr. Bernd Udo Hindrichs

Verwaltung:

Herr Dieckmann - ESW

Herr Kreienbaum - Ressort Straßen und Verkehr

Herr Obstfeld - Ressort Straßen und Verkehr

beratende Mitglieder:

Herr Stv. Bleck (bis 20.15 Uhr)
Herr Stv. Jaschinsky (bis 20.15 Uhr)

Polizei:

Herr Klomfass

Presse:

Herr Goergens - WZ

Schriftführerin:

Sabine Schall

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21.10 Uhr

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, dass sie in Bezug auf Frau Haldenwang etwas wunderschönes zu berichten habe. Diese könne derzeit nicht an den Sitzungen teilnehmen, weil sie in absehbarer Zeit ein Kind erwarte.

Die Bezirksvertretung gratuliert herzlich.

Frau Quieles - Leiterin der offenen Kinder- und Jugendeinrichtung St. Bonifatius - stellt ihre Tätigkeit vor. Die Einrichtung habe an 3 Tagen in der Woche geöffnet. Betreut würden Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren, sowie Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren. Bei den zu betreuenden Kindern gebe es auf Grund des Einzugsgebietes einen hohen Migrationsanteil. Ein überwiegender Teil der Arbeit beziehe sich auf die Hausaufgabenbetreuung. Auch Elternarbeit sei ein wichtiger Aspekt der Arbeit. Insgesamt gebe es 12 ehrenamtliche und 2 Honorarkräfte. Das Essen werde über Spenden finanziert, so wie man überhaupt größtenteils alles von Spenden finanziere.

Zu dem am 11.06.2006 stattfindenden Pfarrfest wolle sie die Bezirksvertreter herzlich einladen.

Herr Boese bittet darum, seine am 08.03.2006 geäußerte Bemerkung bzgl. der möglichen Ungleichbehandlung bei Verwarnungen beim Verstoß des Gehwegparkens in die Niederschrift aufzunehmen. Es sei wichtig festzuhalten, dass sich Bürger aus anderen Stadtteilen folgerichtig beschweren könnten, wenn sie eine Verwarnung für halbachtiges Gehwegparken erhalten würden, während dies im Zooviertel rechtswidrig geduldet würde.

Die Schriftführerin sagt dies zu.

I. Öffentlicher Teil

1 Bezirksjugendrat

Der Bezirksjugendrat ist nicht anwesend, schriftliche Anträge liegen nicht vor.

Frau Lückerath bittet um einen Bericht, aus dem hervorgeht, warum die Mitglieder des Bezirksjugendrates Elberfeld West niemals anwesend seien und ob dies in anderen Bezirksvertretungen genauso sei.

2 Gehwegparken Zooviertel Vorlage: VO/1442/05

Die Bezirksvorsteherin weist vorab darauf hin, dass die Aufgabe der Bezirksvertretung darin bestehe, eine Empfehlung für den Verkehrsausschuss auszusprechen. Es sei in den letzten Tagen im Zooviertel ein Flyer verteilt worden. Hierin werde der Anschein erweckt, dass es sich heute um eine Bürgerinformation handele, dem sei aber nicht so. Dies sei u.a. nur für Bauplanungen vorgesehen. Selbstverständlich seien Bürger eingeladen an diesem Thema mitzuarbeiten, wie es z.B. auch durch viele Briefe und Anrufe schon geschehen sei. Sie werde natürlich auch die Möglichkeit einräumen, die Bürger zu Wort kommen zu lassen. Sie bitte jedoch darum, einzelne Sprecher zu wählen, um die entsprechende Meinung weiter zu geben.

Herr Gothsch möchte der Aussage der Bezirksvorsteherin, dass die Bezirksvertretung nur ein Anhörungsrecht habe, massiv widersprechen. Er weist darauf hin, dass er die Auffassung der Rechtsabteilung für rechtsirrig halte. Der immer wieder erwähnte, seinerzeit wohl vom Rat gefasste Beschluss beziehe sich lediglich auf den Zoologischen Garten und nicht auf das gesamte Zooviertel. Die Folgerung könne man zwar nachvollziehen, man teile sie aber nicht. Nach wie vor stehe man auf dem Standpunkt, hier Entscheidungsrecht zu haben. Er beantragt, dass die Beschlussqualität und damit das Rechtsgutachten der Frau Wilken entweder von einem unabhängigen Gutachter oder aber von der Bezirksregierung in Düsseldorf überprüft werde.

Frau Lückerath kann sich nur vorstellen, dass der Rat seinerzeit einen Beschluss gefasst habe, das halbachsige Gehwegparken allein zu entscheiden, weil dies ja eigentlich kein Ortsrecht sei.

Die Bezirksvorsteherin verweist darauf, dass ein Beschluss zum halbachsigen Gehwegparken bestehe, demnach dies nur an bestimmten markierten Stellen möglich und auch von der Pflasterung abhängig sei.

Herr Gothsch weist darauf hin, dass der immer wieder angeführte Beschluss bisher ja auch von niemandem vorgelegt worden sei. So wolle man heute jedenfalls die Drucksache nicht beraten und beschließen. Ihm gehe es darum, wer hier das Entscheidungsrecht habe. Dies müsse zunächst klar gestellt werden.

Die Bezirksvorsteherin sieht das zunächst unabhängig von dem heute zu fassenden Beschluss. Man wolle zumindest dem Bürger eine Meinung mitgeben. Sie gehe davon aus, dass die weiteren Gremien sich dem Beschluss anschließen würden. Ansonsten müsse man den Tagesordnungspunkt erneut vertagen.

Herr Gothsch teilt nochmals mit, dass er ohne die Klarstellung nicht bereit sei, die Drucksache zu beschließen.

Herr Klomfass teilt hierzu mit, dass Gehwegparken dem Straßenverkehrsgesetz nach grundsätzlich verboten sei, es sei denn, es sei grundsätzlich durch Markierungen oder Beschilderungen erlaubt. Dies sei aber nur eine Ausnahme.

Herr Stenzel schließt sich der Meinung des Herrn Gothsch an. Auch er sehe das Entscheidungsrecht bei der Bezirksvertretung. Er habe dennoch kein Problem damit, die Drucksache zu beraten.

Auch **Herr Mindt** regt an, den Tagesordnungspunkt bis zur Klärung zu verschieben. Er bedauert, dass man diese Meinung nicht rechtzeitig den übrigen Mitgliedern mitgeteilt habe. Denn dann hätte man sich entsprechend juristisch vorbereiten können.

Ein Bürger bittet die Bezirksvertretung unabhängig von einer Überprüfung der Beschlussqualität heute zumindest die Vorlage zu beschließen. Der Beschluss sei ja zunächst unabhängig von einer Anhörung oder einer Entscheidung. So habe man aber erst mal eine Grundlage geschaffen.

Herr Gothsch möchte nochmals klar stellen, dass er erwartet, dass die Beschlussqualität von einem unabhängigen Gutachter oder einer überörtlichen Instanz geprüft werde.

Die Bezirksvorsteherin lässt diesen Vorschlag, die Beschlussqualität abschließend von einem unabhängigen Gutachter oder einer überörtlichen Instanz prüfen zu lassen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Enthaltung: 3 (Bündnis 90 / Die Grünen, WfW)

Sodann lässt sie abstimmen, ob die Drucksache vorbehaltlich beraten und ein Beschluss gefasst werden soll, der abschließend in seiner Beschlussqualität geprüft werde.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Sie hält fest, die Bezirksvertretung werde die Thematik heute beraten und das Ergebnis als Entscheidung weiter geben. Ggf. könne der Beschluss hilfsweise als Anhörung / Empfehlung gewertet werden.

Die Bezirksvorsteherin geht nochmals auf den verteilten Flyer ein. Ziel sei sicher, so viele Parkplätze wie nur möglich zu erhalten. Im Übrigen sei das Zooviertel nicht der einzige Denkmalschutzbereich.

Herr Obstfeld - Ressort Straßen und Verkehr - teilt mit, dass der Auslöser für die Drucksache das teilweise sehr große Besucheraufkommen im Zooviertel sei. Immerhin seien hier Besucher des Zoologischen Gartens, des Stadions sowie der Technischen Akademie zu verzeichnen. Ferner habe es auch einige Beschwerden von Anwohnern des Zooviertels gegeben. Die Belange des fließenden Verkehrs habe man immerhin mit einer zeitweisen Sperrung des Zooviertels optimieren können. Dies sei sicher auch keine Ideallösung, funktioniere aber weitestgehend. Durch den "Parkdruck" sei es immer wieder zu

Anrufen beim Ressort Ordnungsaufgaben gekommen, so dass diese zwischenzeitlich nicht mehr "die Augen verschließen" könnten und überwachen müssten. Bisher sei nur bei akuten Beschwerdelagen bzw. Anlass bezogen überwacht worden. Es könne nun aber nicht mehr gerechtfertigt werden, hier verkehrswidriges Parken zu dulden, weil so der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht eingehalten werde. Mit der Drucksache wolle man das Parken im Zooviertel "ordnen". Der Ist-Zustand sei so, dass an vielen Plätzen, an denen heute geparkt werde, gar kein Parken erlaubt sei. Daher werde auch immer wieder geglaubt, dass nach der Umstellung viele Plätze wegfallen würden. Dem sei aber nicht so. Ausgangssituation sei, dass heute größtenteils nicht legal geparkt werde. Dies müsse berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang wolle er noch erwähnen, dass der in Bezug auf das Gehwegparken vom Rat gefasste Beschluss sich lediglich auf die Mindestbreite von 2 Metern bezieht.

Die Bezirksvorsteherin teilt hierzu mit, dass Anrufe einzelner Anwohner des Zooviertels diesen "Stein ins Rollen" gebracht hätten. Auch sie wolle nochmals betonen, dass ab sofort leider keine Duldung mehr möglich sei und es daher von Nöten sei, hier eine Parkregelung einzuführen.

Herr Stenzel berichtet, dass ihm Anwohner Pläne "zugespielt" hätten, die von denen, die der Bezirksvertretung vorlägen, völlig abweichen würden. Hier könne man z.B. sehen, dass zumindest die Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Kaiser-Wilhelm-Allee beidseitiges Fahrbahnparken ermöglichen könnte.

Herr Kreienbaum - Ressort Straßen und Verkehr - weist darauf hin, dass es sich bei diesen Plänen um Detailpläne mit eingezeichneten Bäumen bzw. Ausfahrten handeln würde. Davon würden insgesamt 12 existieren. Selbstverständlich sei es kein Geheimnis, diese müssten ja sogar für die endgültige Planung vorliegen. Herr Obstfeld habe der Bezirksvertretung anhand eines Gesamtplanes die Situation grob erklärt. An vielen Stellen sei Gehwegparken auf Grund von Vorschriften gar nicht möglich sei. So sei z.B. das Oberflächenmaterial zu beachten - auf Asphalt und Kopfsteinpflaster könne geparkt werden, auf Gehwegplatten nicht. Ebenso sei die Auftrittshöhe zu beachten, die bei maximal 8 cm liegen dürfe. Für Einbahnstraßen gelten Querschnittsbreiten von 3,50 Meter. Der legale Parkraum reduziere sich somit nicht wirklich.

Herr Boese vertritt nochmals vehement seine Ansicht, dass das Falschparken auch nicht mehr geduldet werden könne, da sich ansonsten Anwohner anderer Stadtteile entsprechend benachteiligt fühlen könnten.

Herr Krapp - Anwohner - ist der Auffassung, dass die Begründung für die Beschwerde einzelner Anwohner, dass die Kastenrinnen durch das halbachsige Gehwegparken beschädigt würden, obsolet sei, da es eine Entscheidung (und bereits Bescheide der WSW) gebe, dass dieses Oberflächenwasser unterirdisch der Kanalisation zugeführt werden müsse und somit kurzfristig die Kastenrinnen ohnehin "verschwinden" würden. Außerdem habe es keine Situation gegeben, in der Feuerwehr oder Notarzt nicht durchgekommen wären, weil Restbreiten nicht eingehalten worden wären. Seit Jahren arrangiere man sich mit der Situation, jede Wegnahme einer Parkfläche wäre fatal. Außerdem würden die blauen und weißen Markierungen würden aus seiner Sicht diesen Denkmalbereich verunstalten. Er sei der Ansicht, dass es ein geringer Aufwand gewesen wäre, jedem Anwohner im Zooviertel einen Stimmzettel in den Briefkasten zu werfen. So hätte man sich zumindest ein genaues Bild über die Meinung der Anwohner schaffen können. Es seien immerhin nur einzelne Anwohner gewesen, die sich beschwert hätten. Aus seiner Sicht gebe es keinen Handlungsbedarf.

Herr Obstfeld weist darauf hin, dass es immer einzelne Anwohner seien, die auf aus ihrer Sicht unhaltbare Zustände aufmerksam machen würden. Dies sei in allen Bereichen durchaus üblich. Fakt sei, dass das Ressort Ordnungsaufgaben die jetzige Situation nicht mehr dulden könne. Das würde bedeuten, dass dort in Zukunft öfters Verwarnungen ausgestellt werden müssten. Man sei sich wohl der besonderen Lage bewusst, es würden auch Parkplätze wegfallen. Ein großer Teil davon sei aber sowieso nicht legal. Und genau dieses rechtswidrige Parken werde von nun an - wie in anderen Stadtteilen auch - geahndet. Ferner werde man insbesondere mit einer Beschilderung und nicht mit Markierungen auf der Straße arbeiten. Der Denkmalschutz sei wirklich kein Argument für den Abbau von Schildern. Sonst müssten folgerichtig ja alle Schilder stören und abgebaut werden. Außerdem wolle er nochmals deutlich machen, dass es sich hier nicht um Privatstraßen handele. Es sei öffentlicher Verkehrsraum und somit müssten bei einer Bürgerbeteiligung alle Bürger in Wuppertal befragt werden. Dies sei aber weder möglich noch vorgesehen.

Herr Zimmer teilt mit, dass er ein Gespräch mit Herrn Haltaufderheide vom Denkmalschutz geführt habe, dieser sei überhaupt nicht informiert.

Herr Obstfeld teilt hierzu mit, dass er dies sogar schriftlich habe.

Herr Zimmer teilt ferner mit, dass nicht er der Initiator der Angelegenheit gewesen sei. Die Pläne zur Einrichtung des halbachsigen Gehwegparken gebe es schon seit dem Jahr 2002. Im Übrigen würden dort, wo er wohne, in der Kaiser-Wilhelm-Allee ca. 7 bis 8 Plätze wegfallen. Er verstehe auch gar nicht, warum man hier überhaupt halbachsigen Gehwegparken einrichten wolle. Man könnte eher hier eine Einbahnstraße einrichten, so könnte man auf beiden Seiten parken.

Herr Kreienbaum berichtet, dass die Planung in der Tat im Jahr 2002 angeregt wurde. Man wolle nach wie vor lediglich legales Parken schaffen.

Herr Zimmer betont nochmal, dass allein am Restaurant "Kuhstall" 59 Parkplätze weggefallen seien. Ferner kämen noch die vielen Aktivitäten der Regionale 2006 hinzu, im Grunde liege das Übel bei der Stadt selbst, die keine Stellplatznachweise erbringen müsse. Dieses werde auf dem Rücken der Anwohner ausgetragen und nun käme man zu dieser skurrilen Lösung, die gar nicht nötig wäre.

Herr Lindner - Anwohner der Herthastraße - ist ebenfalls der Ansicht, dass es mit der jetzigen Regelung noch nie Probleme gegeben habe. Er rege ebenfalls an, teilweise Einbahnstraßen zu schaffen, um so beidseitiges Parken zu ermöglichen. Auch fürchte er, dass zu viele Parkplätze wegfallen.

Herr Kreienbaum teilt hierzu mit, dass es auch hierfür gewisse Vorschriften gebe. In der Herthastraße sei dies auf Grund der geringen Fahrbahnbreite nicht möglich.

Herr Stenzel regt an, Straße für Straße zu prüfen, was sinnvoll umgesetzt werden kann.

Frau Lückerrath regt an, die Vorschläge im rechtlichen Rahmen zu prüfen und ggf. in die Planungen einzuarbeiten.

Herr Boese verweist auf die schriftlich eingereichten Vorschläge des Herrn Dr. Hindrichs. Er bittet, diese zu prüfen.

Frau Lindner - Anwohnerin - fragt, warum überhaupt etwas geändert werden solle.

Herr Klomfass weist darauf hin, dass im Zooviertel kein rechtsfreier Raum geschaffen werden könne. Künftig müsse man dort mit Verwarnungen rechnen.

Herr Stv. Bleck stimmt Herrn Klomfass zu. Die Verwaltung sei verpflichtet zu handeln.

Ein weiterer Bürger regt an, die Jaegerstraße komplett aus den Planungen heraus zu lassen.

Die Bezirksvorsteherin fasst abschließend zusammen, dass alle von den Bezirksvertretern und auch von den Bürgern aufgezeigten Anregungen überprüft und ggf. in die Planungen eingearbeitet werden sollen.

Herr Dr. Langewische ist der Ansicht, dass die Bezirksvertretung keinen Beschluss fassen solle. Er beantragt, einen Prüfauftrag an die Verwaltung weiter zu geben, mit dem alle Vorschläge und Anregungen überprüft und ggf. eingearbeitet werden sollen. Das verbesserte Konzept solle dann nochmals der Bezirksvertretung vorgelegt werden, so hätten auch die Bürger die Möglichkeit der Sitzung nochmals beizuwohnen. Dann könne entsprechend entschieden werden.

Die Bezirksvorsteherin lässt sodann den in der Drucksache aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag

1. Das Gehwegparken wird für die in der Anlage 1 (Übersichtsplan) gekennzeichneten Flächen gestattet.
2. Das widerrechtliche Gehwegparken im Zooviertel wird künftig für die in der Örtlichkeit nicht gekennzeichneten Flächen überwacht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 13

Enthaltung: 0

Die Drucksache ist somit einstimmig abgelehnt.

Sie lässt sodann folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Verwaltung wird gebeten, die von den Bezirksvertretern und den Bürgern aufgezeigten Vorschläge und Anregungen zu prüfen und soweit rechtlich möglich, in die Planung einzuarbeiten. Danach solle ein neues Konzept vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Fragen beantwortet.

Herr Stenzel möchte wissen, ob es zutreffe, dass der Bereich Friedrich-Ebert-Straße von der Straße Vogelsaue bis hin zur Straße Neumarkt in eine andere Reinigungsklasse eingestuft sei.

Herr Fischer - Bürger - teilt erneut mit, dass die Hochstufung zu enormen Mehrkosten geführt habe und eine Vermietung hierdurch immer schwieriger werde.

Herr Dieckmann bejaht dies. Die Begründung liege darin, dass in diesem Bereich mehr Einzelhandel angesiedelt sei und somit der Bürgersteig mehr genutzt werde. Dementsprechend habe es hier viele Beschwerden mit darauf folgenden Sonderreinigungen gegeben. Eine Hochstufung auf Grund einer vermehrten Reinigungsleistung sei unumgänglich gewesen. Davon abgesehen, sei fast die gesamte B7 in einer einheitlichen Reinigungsklasse eingestuft.

Die Bezirksvorsteherin lässt darüber abstimmen, ob die Bereiche, die hoch gestuft worden seien, wieder in die vorherige Reinigungsklasse zurückgestuft werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1 (WfW)

Ablehnung: 9

Enthaltung: 3 (Bündnis 90 / Die Grünen, SPD (Herr Gothsch))

Der Vorschlag ist somit abgelehnt.

4 Landschaftsplan Wuppertal-Mitte - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VO/1254/05

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.05.2006:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

5 Umbenennung der Ausfahrt "Sonnborn" in "Sonnborn/Zoo"
Vorlage: VO/0243/06

Herr Dr. Langewische teilt mit, dass man missbilligend zur Kenntnis genommen habe, dass die gewünschte Zusatztafel nicht angebracht werden könne. Schließlich sei dies in den Städten Köln und Duisburg auch möglich.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.05.2006:

Entgegennahme ohne Beschluss

6 Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter im Schuljahr 2005/2006
Vorlage: VO/0240/06

Frau Lückerath wünscht zu gegebener Zeit einen Bericht über die Betreuungsangebote speziell für den Stadtbezirk.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.05.2006:

Entgegennahme ohne Beschluss

7 Freie Mittel der Bezirksvertretung

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, dass der seinerzeit gefasste Beschluss bzgl. der Bezuschussung der Anschaffung eines Elektrorollstuhles für den Zoologischen Garten nicht mehr erforderlich sei, weil die Anschaffung aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht möglich sei. Der Betrag in Höhe von 3.000.- Euro stehe somit wieder zur Verfügung.

1. Antrag der Gemeinschaftsgrundschule Nützenberger Straße 242

Dem Antrag wird nach kurzer Diskussion zugestimmt.

2. Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Wuppertal-Sonnborn

Nach Vorstellung des Projektes durch Herrn Pfarrer Bredt-Dehnen und kurzer Diskussion einigt sich die Bezirksvertretung auf eine Summe in Höhe von 3.000.- Euro.

3. Antrag der evangelischen Grundschule Nützenberger Straße 288

Dem Antrag wird nach kurzer Diskussion zugestimmt.

4. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Joseph

Es wird erwartet, dass eine konkrete Summe benannt wird, der Antrag wird zunächst zurückgestellt.

5. Antrag der Wuppertaler Kurrende

Herr Rosier - Wuppertaler Kurrende - erklärt im einzelnen die Gründe für die Renovierungsarbeiten.

Nach kurzer Beratung einigt sich die Bezirksvertretung auf eine Summe in Höhe von 6.000.- Euro, die zur Bezuschussung der Renovierungsarbeiten aus den freien Mitteln gezahlt werden soll.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.05.2006:

Antrag der Gemeinschaftsgrundschule Nützenberger Straße 242

Die Bezirksvertretung Elberfeld West unterstützt das Projekt "Einrichtung eines Werkraumes" mit 1.131.- Euro aus ihren freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**2.
Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Wuppertal-Sonnborn**

Die Bezirksvertretung Elberfeld West unterstützt das Projekt "Umbau der WC-Anlage" mit 3.000.- Euro aus ihren freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**3.
Antrag der evangelischen Grundschule Nützenberger Straße 288**

Die Bezirksvertretung Elberfeld West unterstützt das Projekt "Schulgarten" mit 500.- Euro aus ihren freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**4.
Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Joseph**

Es wird erwartet, dass eine konkrete Summe benannt wird, der Antrag wird zunächst zurückgestellt.

**5.
Antrag der Wuppertaler Kurrende**

Herr Rosier - Wuppertaler Kurrende - erklärt im einzelnen die Gründe für die Renovierungsarbeiten.

Die Bezirksvertretung Elberfeld West bezuschusst das Projekt "Renovierungsarbeiten des Unterrichtsraumes der Wuppertaler Kurrende" mit 6.000.- Euro aus ihren freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Enthaltung: 2 (WfW - PDS)

8 Berichte und Mitteilungen

8.1

Verkehrssituation Eugen-Langen-Straße - Schreiben an einen Bürger zur Kenntnis (bereits versandt)

8.2

Sachstandsbericht zur Abschaffung der Baumschutzsatzung (bereits versandt)

8.3

Anerkennung als Naturdenkmal - Schreiben eines Bürgers zur Kenntnis

8.4

Stellungnahme zur Anfrage der Frau Lückerath aus der Sitzung vom 08.03.2006

bzgl. der Verkehrssituation Mozartstraße / Richard-Wagner-Straße

8.5

Stellungnahme zur Anfrage der Frau Wicke aus der Sitzung vom 08.03.2006
bzgl. des Spielplatzes und der Grünanlage Stockmannsmühle

8.6

Stellungnahme zur Anfrage des Herrn Mindt aus der Sitzung vom 08.03.2006
bzgl. der "Ruine" am Deutschen Ring

Herr Mindt nimmt den Bericht erfreut zur Kenntnis.

8.7

Verunreinigung der Teichanlage im Bereich der Häuser Briller Straße 97-99 -
Schreiben an eine Bürgerin zur Information

Herr Dr. Langewische berichtet, dass dies zwischenzeitlich erneut passiert sei.

8.8

Verwendungsnachweis - zur Kenntnis

8.9

Einladung zur Einweihung des neuen Unterstandes im Außengelände der
städtischen Tageseinrichtung für Kinder - Giebel 21

8.10

Veranstaltungskalender

8.11

Überprüfung von Einzelbäumen

8.12

Schreiben der Elterninitiative der GGS Nützenberger Straße - zur Stellungnahme
bei den WSW

Die Bezirksvorsteherin berichtet, dass nach den Sommerferien ca. 30 Kinder
davon betroffen seien und die WSW bereits an einer Lösung arbeiten.

8.13

Schreiben von Bürgern bzgl. der Änderung eines Bebauungsplanes zur Kenntnis
/ zur Stellungnahme in der Verwaltung

8.14

Sachstandsbericht zur Anfrage der Frau Lückerrath bzgl. der Bodenuntersuchung
des Spielplatzes Roonstraße zur Kenntnis

8.15

Protokoll der Bürgerdiskussion bzgl. der Bauleitplanverfahren Elba Gelände und
Frowein Gelände zur Kenntnis

8.16

Verkehrsinformation

8.17

Veranstaltungskalender

9.1

Herr Mindt teilt mit, dass die schmiedeeiserne Zaunanlage am Friedhof Krummacherstraße durchgerostet sei. Er möchte wissen, ob diese unter Denkmalschutz stehe und wann mit einer Instandsetzung gerechnet werden könne.

9.2

Herr Gothsch möchte wissen, wann mit einer Fertigstellung der Arbeiten an der Treppe Anilinstraße zu rechnen sei.

9.3

Herr Gothsch bittet nochmals um die Vorstellung einer vernünftigen Planung für den Großraum Arrenberg. Er regt an, diese Thematik als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung vorzusehen.

9.4

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, dass seinerzeit eine Anbindung des Samba-Weges bis hin zum Bahnhof Steinbecker Meile geplant gewesen sei. Nachdem nun das Projekt Media Park nicht mehr vorangetrieben werde, bitte sie trotzdem um eine Weiterführung des Weges bis dorthin.

Kühme
Bezirksvorsteherin

Schall
Schriftführerin